

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Einzelnenbestellung: O. Schöningh & Co.
Berliner Dönhoff 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Herriots Genfer Programm.

Garantiepaft und Abrüstung.

Paris, 3. September. (U.) Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Genf meldet, Herriot werde während seines Genfer Aufenthalts vor dem Völkerbundrat das nachstehende Programm im Namen der französischen Regierung vorlegen:

1. Die in Frage kommenden Staaten können eine Einschränkung ihrer Rüstungen nur in Erwägung ziehen, wenn das Sicherungsproblem gelöst ist.

2. Eine internationale Konferenz, die außerhalb des Völkerbundes einberufen wird und sich lediglich entsprechend der Washingtoner Konferenz die Einschränkung der Rüstungen zum Ziele setzt, würde keinem nützlichen Zweck entsprechen.

3. Das Abkommen über die gegenseitige Unterstützung kann nur dann wirksam sein, wenn es die Möglichkeit von Zusatzverträgen zwischen den einzelnen Staaten oder bestimmten Mächtegruppen beizubehalten läßt.

4. Unter diesem Vorbehalt kann das schiedsrichterliche Verfahren zur Verhütung etwaiger Konflikte zu großer Geltung gelangen. Die Anwendung des Schiedspruches, die dazu dienen kann, Konflikte zu verhüten oder sie zu beseitigen, sei jedoch wertlos, wenn es sich darum handelt, einen Angreifer aufzuhalten oder zurückzudrängen.

Der abgeänderte amerikanische Entwurf.

Paris, 3. September. (U.) Die amerikanischen Verfasser des Entwurfs für die Verträge der gegenseitigen Unterstützung haben sich zu gewissen Abänderungen entschlossen. In seiner neuen Fassung enthält der Entwurf statt 31 Paragraphen, die in fünf Teile gegliedert waren, vier getrennte Teile, ein Verbot des Angriffskrieges und drei Entschlüsse über die allgemeine Abrüstung. Die erste Entschlüsse greift auf die 1922 vom Völkerbund angenommenen Beschlüsse zurück, wonach sämtliche Nationen, mögen sie zum Völkerbund gehören oder nicht, aufgefordert werden, ihre Rüstungen zu beschränken. Außerdem ist die Schaffung von entmilitarisierten Zonen auf dem Wege gegenseitiger Abmachungen vorgesehen und die Einberufung einer fünftägigen konfultativen Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen. Die Konferenz wird zum mindesten alle drei Jahre zusammentreten und außerdem einen ständigen technischen Ausschuss ernennen. Die zweite Entschlüsse geht von Artikel 8 des Paktes aus, wonach die verschiedenen Staaten die Verpflichtung eingehen, einander in erschöpfendem Maße Angaben über die militärischen Rüstungen, ihre Kriegsindustrie und Rüstungen zu Wasser und in der Luft mitzuteilen. Eine besondere Kommission wird beauftragt, den Nachrichtenaustausch

zwischen den einzelnen Ländern zu überwachen und außerdem zu gewissen Erhebungen zu schreiten. Die dritte Entschlüsse drückt eine Bestätigung des Gesetzes aus, wonach zwischen den einzelnen Ländern unter der Kontrolle des Völkerbundes gewisse endgültige Zusatzabkommen getroffen werden dürfen.

Der amerikanische Entwurf sieht außerdem vor, daß der Völkerbundrat nach Einholung eines Gutachtens der in Aussicht genommenen Kontrollkommission auf die Bitte eines der Mitgliedsstaaten zur Nachprüfung der Rüstungen der militärischen Vorbereitungen des Landes schreiten muß, das im Verdacht aggressiver Absichten steht. Wenn der Völkerbundrat den Standpunkt vertritt, daß eine militärische Bedrohung nicht vorliegt, so kann der antragstellende Staat nach vorhergehender Mitteilung seinerseits Vorbereitungen zu seiner Verteidigung treffen, muß aber innerhalb der von den Verträgen auferlegten Rüstungsbeschränkungen bleiben.

Ovationen für Macdonald.

Genf, 3. September. (M.B.) Macdonald ist heute vormittag 9 Uhr in Genf eingetroffen. Unter den zu seinem Empfang am Bahnhof erschienenen zahlreichen Delegierten Englands und der britischen Dominions befanden sich Lord Barmar und Henderson, in deren Begleitung Macdonald, von der Menge mit oft wiederholten Hochrufen begrüßt, sich zu seinem Automobil begab. Macdonald fuhr sofort in das Hotel Beaurivage, wo die englische Delegation wohnt.

Die heutige Sitzung.

Genf, 3. September. (M.B.) In der heutigen Vormittagssitzung nahmen Macdonald und Herriot teil. Beim Eintreten in den Saal begab sich Herriot sofort zu dem Lord Macdonald, der schon vor ihm eingetroffen war, und begrüßte ihn. Versammlung und Tribünen brachen in lebhaftes Beifallklatschen aus. Präsident Roita eröffnete hierauf die Versammlung, indem er den beiden Ministerpräsidenten einen herzlich willkommenes Gruß entbot und ihnen für das Interesse dankte, das sie dem Völkerbund entgegenbrächten. Die durch ihren Besuch bekundete Sympathie sei ein gutes Zeichen für die Arbeiten des Völkerbundes.

Hoehsch und Breitscheid nach Genf eingeladen.

Paris, 3. September. (U.) Der Genfer Sonderberichterstatter der „Ere Nouvelle“ meldet, daß die Vertreter des französischen Unionsverbundes die Abgeordneten Hoehsch und Breitscheid eingeladen haben, nach Genf zu kommen, um vor ihnen über ihre Auffassung von der Völkerbundsidee zu reden.

Dieser Parteiführung, die nach dem Zeugnis der eigenen Freunde versagt hat, soll nun — gerade wegen dieses Versagens — die Leitung der deutschen Reichsgeschäfte anvertraut werden!

Inzwischen kommen die Herren und Mären auf. Als ob sie das Wort vom „Jena der Deutschnationalen Partei“ bestätigen wollten, variieren sie in einem loebten erschienenen Flugblatt das Thema: „Der König fordert hat eine Bataille verloren, jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.“ Es genügt, aus der langatmigen Heulmeierei folgendes wiederzugeben:

Und deshalb nun keine Zeichenreden mehr. Wer von „verlorener Bataille“, von Spaltung der Fraktion und Partei, von vernichteten Idealen und zerlegten Fahnen daher schwätzt, verflucht sich an der Aufgabe. Der entscheidende Weg ist betreten, ein Zurück ist unmöglich oder bedeutet den Tod. Die Ausgangsstellung für den entscheidenden Kampf ist gewonnen. Rog sie nach den verschiedenen Ansichten falsch oder richtig gewährt sein, sie kann nun nicht mehr geändert werden oder der Kampf ist auf lange Jahre verloren, noch bevor er begonnen. Der Erfolg ist erreicht! Wo durch das verschiedene gerichtete Vorgehen des frontalen und des Umfassungsfügel die Reihen durcheinander gekommen sein sollten, da gilt es jetzt, nicht zu streiten, wessen Angriffsrichtung die entscheidende und richtige gewesen ist. Nur durch das Zusammenwirken beider Teile ist der Erfolg erreicht. Jetzt gilt es vielmehr, die Reihen neu zu ordnen zum weiteren Kampf bis zum entscheidenden Siege.

Der wenig gemütvolle Berliner pflegt in solchen Fällen zu sagen: „Es sieht zu aus!“ Interessant ist aber das Eingeständnis, daß der „frontale Flügel“ der Reinsager und der „Umfassungsfügel“ der Tafelger nicht etwa aus ehrlicher Reue verschiedenheit auseinandergekommen sind, sondern nach einem verabredeten Plan gehandelt haben. Die Reinsager sollten vor den Wählern das Gesicht wahren, die Tafelger den Eintritt in die Regierung erkaufen. Es war nicht nur ein schmutziges Geschäft, sondern auch die erbärmlichste Schmierentombodie, die je gespielt worden ist.

Das Flugblatt der offiziellen Führerschaft spricht selbst aus, daß der Mißerfolg dieser „taktischen Operation“, das heißt die Richterreichung der ersehnten Ministerposten, für die Partei den Tod bedeutet.

Sie hat ihn verdient!

Zutug zu den Völkischen. Die beiden Mitglieder der Fraktion Anzweilung, Stod und Knob, haben ihren Beitritt zur nationalsozialistischen Reichstagsfraktion angemeldet. Als „Deutschnationaler“ kommen sie ja auch nicht mehr wieder. Die Fraktion Anzweilung ist damit auf zwei zusammenschmolzen: Es selbst und noch einer!

Brauns will ratifizieren!

Achtstundentag — nach Artikel 14.

Am 8. September wird in Bern eine Zusammenkunft des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns mit den Arbeitsministern der großen europäischen Länder stattfinden. Auf dieser Zusammenkunft soll die Frage des Achtstundentages und der Ratifikation des Washingtoner Abkommens besprochen werden. Zur Erklärung seiner Stellung auf dieser Konferenz veröffentlicht der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der nächsten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ einen langen Aufsatz über die Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Dieser Aufsatz enthält zugleich die formulierte Erklärung, die die Reichsregierung auf die sozialdemokratische Interpellation über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens abzugeben gedenkt.

Aufsatz und Erklärung sind gegenüber der Haltung, die die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf eingenommen hat, ein unverkennbarer Fortschritt. Herr Dr. Brauns hält es zwar immer noch für notwendig, seine Stellung zur Arbeitszeitfrage vom Dezember 1923 an, sowie die Haltung der Schiedssprüche und Verbindlichkeitsverpflichtungen zu verteidigen, durch die der Achtstundentag für rund die Hälfte der deutschen Arbeiter abgebaut worden ist. Man mag über die Motive des Reichsarbeitsministers in der Zeit der schlimmsten Inflationsnachteile denken wie man will — er wird selbst nicht bestritten können, daß seine Haltung dem reaktionär gefinnten Unternehmertum in Deutschland die Möglichkeit gegeben hat, den Achtstundentag nicht aus volkswirtschaftlichen, sondern aus egoistisch sozialreaktionären Erwägungen heraus zu durchbrechen. Herr Dr. Brauns verteidigt weiter die Haltung der deutschen Regierung in Genf. Er hält es heute für nötig, mit aller Schärfe zu betonen, daß die deutsche Regierung keineswegs internationale Vereinbarungen über die Arbeitszeit ablehnen wolle. Schon diese Feststellung ist nach der biomablen Haltung der deutschen Regierung in Genf ein Fortschritt. Darüber hinaus aber erklärt nun namens der Reichsregierung der deutsche Reichsarbeitsminister:

Die Reichsregierung hat die Ratifikation des Übereinkommens von Washington über den Achtstundentag niemals grundsätzlich abgelehnt. Die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit ist von der Reichsregierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet und gekennzeichnet worden, an der sie von vornherein nicht länger festhalten wollte, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands erfordert. Unsere Verluste, Lasten und Bindungen infolge des Krieges sind so viel schwerer als die aller anderen großen Staaten, unsere wirtschaftliche Zukunft ist so ungeläutert, daß niemand von Deutschland ein Vorangehen in der Frage der Ratifizierung erwarten kann. Das gilt um so mehr, als der Inhalt des Übereinkommens und demnach auch das Maß der Bindung bisher in Geseh und Praxis der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auslegung gefunden haben. Deutschland ist gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung hierüber herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens bereit finden. Dabei muß die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet.

Die deutsche Regierung ist nach dieser Erklärung grundsätzlich zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens bereit. Die Frage des Vorangehens Deutschlands in der Frage der Ratifikation scheint uns müßig, nachdem der englische und der französische Arbeitsminister bereits ihren Willen zur Ratifizierung klar ausgesprochen haben. Es wird in Bern ohne Schwierigkeit eine Verständigung gefunden werden, die der deutschen Regierung die Garantie gibt, daß die Ratifikation des Washingtoner Abkommens nicht von ihr allein, sondern auch von den großen Industrieländern des Westens vollzogen werden wird. Die andere Bedingung, die Herr Dr. Brauns an die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Ratifizierung knüpft, erscheint uns jedoch bedenklich. Er möchte unerfennbar den Artikel 14 des Washingtoner Abkommens auf die gegenwärtige Lage Deutschlands anwenden. Der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens sieht vor, daß die Bestimmungen des Abkommens im Kriegsfall oder bei Ereignissen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, suspendiert werden können. Es scheint danach in der Absicht des Reichsarbeitsministeriums zu liegen, den allgemeinen Grundsatz des Achtstundentages zu durchbrechen zum Zwecke der Erfüllung der Leistungen aus dem Dawes-Vertrag. Nun sieht der Dawes-Vertrag selbst soziale Schutzbestimmungen für die deutsche Arbeiterchaft vor, die es verhindern sollen, daß die soziale und kulturelle Stellung der deutschen Arbeiterchaft unter das Durchschnittsniveau der Arbeiterchaft anderer Länder herabgedrückt werden könne.

Die Verknüpfung der Reparationsverpflichtungen mit der Frage der Arbeitszeit, wie sie in der einschränkenden Bedingung des Reichsarbeitsministers vorgenommen wird, würde in der Praxis ein Zurückgehen hinter die Schutzbestimmungen des Dawes-Gutachtens bedeuten. Sie zengt außerdem von einer völligen Verkennung der Zusammenhänge, die zwischen den deutschen Reparationsverpflichtungen und der inneren Struktur der deutschen Wirtschaft bestehen. Unweilhaft nötig die Reparationsverpflichtung die deutsche Wirtschaft zu äußerster Anspannung ihrer

Fort mit den Führern!

Aber setzt sie in die Ministerkessel!

In der Deutschnationalen Partei herrscht heller Aufruhr. Die betrogenen gemeinen Parteifolksdaten empören sich dagegen, als willenloses, verächtetes Werkzeug deutschnationaler Demagogie zu dienen. Von allen Seiten hagelt es Mißtrauens-erklärungen für die deutschnationale Parteileitung. Es bleibt nicht bei Mißtrauenserklärungen. Der Vorstand der Ortsgruppe Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei ist unter der Führung seines Vorsitzenden aus der Partei ausgetreten, um sich der Nationalsozialistischen Freiheitspartei anzuschließen. Der Krach ist also im Gang.

In Hamburg hat die Deutschnationale Volkspartei einen außerordentlichen Landesparteitag mit nachfolgender öffentlicher Versammlung abgehalten. Darüber berichtet der „Lokalanzeiger“:

„Es entwickelte sich ein lebhafter Meinungsaustausch, an dem sich besonders die Mitglieder der Hamburger Bürgerchaft beteiligten. Dabei trat der einmütige Wille zum entschiedenen Vorgehen zu Tage. Zum Schluß stimmte die Versammlung mit 600 gegen 2 Stimmen einer vom Vorsitzenden begründeten Entschlüsse zu, die sich gegen die Stellungnahme der Fraktionsminderheit ausdrückt und Einberufung des Parteitages fordert.“

Die Vöbe der Parteileitung der Deutschnationalen erläßt gleichfalls eine scharfe Rundgebung gegen „den gefähten Verschleierungsbefehl“, und der Landesvorstand Pommern, dem Herr Schlange-Schönningh noch am 19. August unter dem Titel „Um Ehre und Freiheit“ eine donnernde Rede für die unbedingte Ablehnung gehalten hat, verlangt für die Zukunft „eine so starke Führung, daß die Einheitslichkeit der Fraktion bei entscheidenden Abstimmungen gesichert ist“.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt der Potsdamer Studienrat Philipp:

Die Führung hat versagt. Ich habe seinerzeit die Politik des Herrn v. Henninghaus nicht immer gebilligt, aber das mußte ihm gelassen werden: er war ein Führer. Ezzellens Hergt hat die Mittel nicht aufgebracht, die nötig sind, in schicksalsschwerer Stunde die Gefolgschaft zu zwingen. Wenn er nicht offen sagen wollte, ich garantiere nicht für die Einstimmigkeit der Fraktion, so hätte er zum Fraktionszwang schreiten müssen. Dann wäre das Ergebnis vor der Abstimmung klar geworden und die Meinung der deutschnationalen Wähler hätte für das eine oder andere, für ja oder nein gewonnen werden können.

Nun war es wie ein Keulenschlag. Es wird viel Mühe kosten, die Partei zu beruhigen. Nun kommt, ihr Herren, ins Land und stört auf!

Kräfte. Die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus, würde in der Praxis jedoch nicht die Anspannung aller deutschen Produktivkräfte, sondern eine Hemmung ihrer Entwicklung bedeuten. Ueber diese Zusammenhänge schreibt Herr Anton Erkelenz im Septemberheft der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“:

„Zu dem alten Zwangsmittel, zum technischen Fortschritt der Konkurrenz, tritt jetzt die Reparation hinzu. Es ist wichtiger, neue Kräfte zu entfesseln, als den alten Schindrian sorgsam zu schonen. Nur wenn wir das technisch höchst entwickelte Land der Erde werden, können wir den Teil der Reparationen leisten, der überhaupt geleistet werden kann. Die Polemik gegen den technischen Fortschritt, besonders auch in der neu erschienenen Schrift: „Die Arbeitszeitfrage in Deutschland“, tut so, als wäre der technische Fortschritt nur eine einseitige Leistung des Unternehmers, während Arbeitszeitverlängerung usw. eine Leistung des Arbeitnehmers sei. Das ist mindestens schief gesehen. Technischer Fortschritt ist unweigerlich mit höherer Arbeitsleistung der Arbeitnehmer verbunden. Technischer Fortschritt heißt speeding up in der Arbeitsleistung, heißt schärfer aufpassen, schneller denken, entschlossener zugreifen als bisher. Und eben deshalb heißt ja auch technischer Fortschritt: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, damit durch vermehrte Ablenkung und bessere Lebenshaltung der stärkere einseitige Verbrauch an geistiger und körperlicher Kraft ersetzt wird.“

Der deutsche Reichsarbeitsminister wird also auf dem Wege, den er mit seiner Erklärung zur grundsätzlichen Bereitwilligkeit zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens beschritten hat, weitergehen müssen. Er muß sich vollständig von den Gedankengängen befreien, als ob die Rettung der Reparationsverpflichtung auf dem Wege der sozialen Reaktion oder des sozialen Dumpings zu erreichen sei. Er muß endlich verstehen, daß eine internationale Vereinbarung über den achtstündigen Arbeitstag nicht nur einen Schutz der Arbeiter vor deutscher Schmutzkonkurrenz bedeutet, sondern zugleich einen Schutz der deutschen Bevölkerung gegen übermäßige Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit aus der Reparationsverpflichtung heraus. Bei den bevorstehenden Verhandlungen in Bern darf keinesfalls der Eindruck erweckt werden, als wolle Deutschland nun die Erfüllung des Dawes-Planes verbinden mit einem wirtschaftspolitischen Feldzug auf der Grundlage des sozialen Dumpings. Der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens ist ein allgemeines Korrektiv der internationalen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages. Er darf aber nicht in Verbindung gebracht werden mit der Verpflichtung Deutschlands zu Reparationsleistungen. Vor allem darf eine solche Verbindung nicht von deutscher amtlicher Seite aus gesucht werden. Es ist wahrhaftig nicht die Aufgabe einer deutschen Regierung, die sozialen Schutzbestimmungen zu durchbrechen, die der Dawes-Plan selbst zugunsten der deutschen Bevölkerung vorgezeichnet hat.

Wenn der Deutsche Reichstag sich mit dieser Erklärung der deutschen Regierung zu dem Ergebnis der Verhandlungen von Bern zu beschäftigen haben wird, so wird darüber noch näher zu reden sein. Bis dahin aber ist zu erwarten, daß Herr Dr. Brauns die Konsequenzen aus seiner Erklärung gezogen und das Abkommen von Washington ratifiziert haben wird. Gegenüber den Bestrebungen der sozialen Reaktion in Deutschland liegt darin trotz der überaus bedenkenlichen Vorbehalte des Reichsarbeitsministeriums ein erheblicher Fortschritt. Noch am 2. September erklärte der Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände:

„Dem deutschen Volke muß deshalb heute gesagt werden, daß man über den materiellen Inhalt des Washingtoner Abkommens unter der Voraussetzung elastischer Handhabung wohl reden kann. Ratifizieren aber können und dürfen wir dieses Abkommen nicht.“

Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens gegen den ausgesprochenen Willen der deutschen Arbeitgeberverbände ist ein Fortschritt. Nun muß dafür gesorgt werden, daß durch die von der deutschen Regierung verlangte „elastische Handhabung“ unter Benützung des Art. 14 nicht der In-

halt des Washingtoner Abkommens entwertet und dadurch den Bestrebungen der sozialen Reaktion in Deutschland Vorschub geleistet wird!

Adalbert Düringer gestorben.

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und frühere badische Justizminister Dr. Adalbert Düringer ist in der vergangenen Nacht, 69jährig, einem Herzleiden erlegen. Düringer gehörte zu jener leider so selten gewordenen Art deutscher Politiker, denen auch der politische Gegner persönliche Achtung und Sympathie nicht verweigern kann. Von Hause aus süddeutscher Konservativer war Düringer der Deutschnationalen Partei beigetreten, hatte diese aber nach der Ermordung Rathenaus verlassen. Wer mitleiden durfte, welche Erschütterung dieser politische Mord in Düringer, einem tief menschlich und rechtlich denkenden Mann, verursacht, wird ihm schon um dessen willen ein gutes Andenken bewahren. Auf die Vorstellungen eines Sozialdemokraten, daß die Deutsch-nationale Partei durch Duldung und Förderung der völkischen Hege die eigentliche Schuld an der Ermordung Rathenaus trage, antwortete Düringer mit männlicher Offenheit: „Ich kann dagegen gar nichts sagen, Sie haben vollständig recht!“ Am Tage darauf vollzog er seinen Austritt.

Später hat auch seine Zugehörigkeit zur volksparteilichen Fraktion ihn nicht gehindert, gegenüber den schwerindustriellen Einflüssen in dieser Partei seine volle, öffentlich betonte Selbstständigkeit zu bewahren. Alles in allem: er war ein Gegner, aber er war ein Mann!

Daß der Vorsitzende des Reichsverbandes der Industrie, Dr. Sorge, sein Nachfolger im Mandat werden soll, ist eine Ironie des Schicksals.

Der Ansturm der Völkischen.

Trommelfeuer der Presse.

Im „Deutschen Tageblatt“ schildert der völkische Abgeordnete Hans Steller das Verhalten der Deutschnationalen bei der entscheidenden Abstimmung. Da er als Signachbor einen sehr guten Beobachtungsposten hatte, ist seine Schilderung besonders interessant. Steller schreibt:

Da war die Hergische Regieklust wahrlich auf ihrer vollen Höhe. Bis dann ein Raunen und Luscheln bei den feindlichen Diplomaten oben anhub und ein breites, zyrisches Grinsen sich mehr und mehr auf ihren Gesichtern ausprägte: unter den roten Karren, schamhaft bis zum letzten Augenblick verdeckt, waren die weißen Zellen, die für das Verfluchungsgesetz stimmten, schüchtern zum Vorschein gekommen, um dann, als die Urnen nahen, schnell und entschlossen und unter dem Beifallklatschen der feindlichen Diplomaten in sie verfenkt zu werden. Man konnte nicht anders: man mußte sich die Gesichter der „Großen“ im Umfalle unter den Deutschnationalen merken, die auf solche Weise „das Banner hochhielten“, das bekanntlich „noch nie geschwankt hat“: die Tirpitz, Ballraf, Spahn, Bismard (weh dir, daß du ein Engel bist e tutti quanti! Hinc illic lacrimae!) In zwei Häuflein gespalten kämpften sie gegen einander mit rot und weiß. Kein Banner schwankte einerseits und andererseits. Fest, wie aus Erz und hoch wie die Mauern kämpften sie gegeneinander.

Diese Komödie war in der Tat so gut gespielt, daß man sich auf den sozialdemokratischen Bänken die ungeheure Zahl der Ja-Stimmen zuerst gar nicht erklären konnte. Alle Deutschnationalen hatten doch rote Reinzettel in der Hand gehabt! Erst später erfuhr man, daß 49 von ihnen mit der anderen Hand heimlich und hintertäts weiße Zettel abgegeben hatten!

In der „Medienburger Warte“ läßt sich Fritz Hilgenstock so vernehmen:

Wenn die Masse der betrogenen deutschnationalen Wähler schreit, daß die ganze Tragödie der Unwahrhaftigkeit ihrer Führer erkannt, dann wird Reinigung und Umkehr die einzig mögliche Folge sein müssen. Die Welle der Empörung muß die Untreue mit bloßen Waffen schlagen.

Die Stimme des Volkes regt sich in den Tagen der Empörung mächtiger im Lande, allüberall paßt die bittere Erkenntnis der eigenen Schuld aus Herz. Es handelt sich nun nicht mehr darum, den Kopf in den Sand zu stecken, um Schlimmeres zu verhüten, es geht nicht mehr an, Anrechtlosigkeit und Entmannung auch nur noch zu dulden. Gerade in diesem Augenblicke der Entfaltung der Moral des deutschen Volkes sehen wir die vergiftende innere Faulheit, weil wir seinen Herzens waren, konnten politische Akrobaten ehrwillige Millionen deutscher Volksgenossen in den Bannkreis ihrer eigenen Charakterlosigkeit ziehen. Deutscher Art und deutscher Seele ist das nicht. Und da wir Völkischen die Bünde des Augenblicks als das Grundübel der gesamten unwahrhaften Gegenwart erkennen und hoffen, sei mit Bewußtsein der Trennungstrennung gezogen alle die, die noch nicht die erste Forderung der Stunde zu erfüllen wissen. Mag der Weg mühseliger und einsamer werden, wir wollen kein Geleit mehr von Unritterlichkeit, die im Schöße Verrat und Gemeines birgt. Wir fordern Trennung von denen, die den Seidengestirp und Bismarcks Vermächtnis verketen um elender Silberlinge willen.

Die Völkischen bereiten sich vor, das stark zusammenge-schmolzene Erbe der Deutschnationalen zu übernehmen — bis auch für sie die Stunde kommt!

Kommunistenpleite in Halle.

Mißglückte Räpplereien bei einer Rede Crispian.

Halle a. d. S., 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Einen ungeheuren Reizfall erlebte die kommunistische Partei anläßlich einer Versammlung der SPD., in der Genosse Crispian über das Sachverständigengutachten sprach. Die SPD. hatte ihre Anhänger zur Saalbesetzung aufgefordert und Arbeitslose zu Störungszwecken herbeigeholt. Dem Genossen Crispian gelang es, sich nach längerem Räpplern reiflos durchzusetzen und mit den Gegnern der Sozialdemokratie, vor allem der KPD., mit einer Schärfe abzurechnen, daß die Postkassanbeiter sich wie unter Völkischhieben duckten.

Bei der Diskussion wiederholte sich das Toben und Brüllen jedoch ohne Erfolg, bis Herr Rosenbaum, der kommandierende General, Bezirkssekretär und Reichstagsabgeordneter der KPD., elegant, behaglich, lässiger Herr, seine köstliche Rolle als echter Proletarier auf der Bühne begann. Er war nicht in der Lage, zusammenhängend zum Referat zu sprechen, erging sich in schnoddrigen Reden, und ungerühmte Blatthellen, die zwar bei den Brüllkommandos Beifall, bei seinen denkenden Parteifreunden jedoch immer längere Gesichter hervorriefen. Der Beifall seiner eigenen Akteure unnebelte des guten Rosenbaum Herrn derart, daß er, als ihm die energische Versammlungsleitung die Redezeit nicht verlängerte, nach Schulbubenart seine Freunde aufforderte, den Saal zu räumen. Das geklagert mit Häm, wüsten Gebrüll, mit Polzeihilfe, Getrampel und geschwungenen Bergsägen. Die Polizei drängte die Schreier hinaus, als legten den guten Rosenbaum. Und der Erfolg: Nur etwa 150 Mann verblieben. Im vollgefüllten Saal jedoch blieb die stahlige Schär unserer Parteifreunde zurück, so daß es dem Genossen Crispian mit allseitig begeisterter Zustimmung gelang, sein Schlusswort zu halten. Die Rolle der KPD. ist ausgepielt, sie ist auch in Halle nicht mehr in der Lage, erhebliche Teile der Bevölkerung in den Bann ihrer Wahnsinnsideen zu ziehen. Die KPD. versucht nun aus Wut, in einem zwei Spalten langen Artikel über die Sozialdemokratie herzufallen. Die droht im hiesigen „Klassenkampf“ offen:

Der gestrige Abend wird der SPD. eine Lehre sein. Noch einmal wird es ihr nicht gelingen, ihre Parteifreunde auch nur fünf Minuten sprechen lassen zu können. Die Sozialdemokratie darf nicht hochkommen. Mit dieser Volkspartei muß jetzt ausgeräumt werden. Alle Kommunisten getoben, der SPD. der letzten Arbeiter abzugeben.

Man sieht hieraus, daß die von Frau Gohle (Ruth Jäger) angeordnete Bolschemisierung der KPD. so ernstliche Fortschritte macht, daß bald das letzte Restchen Vernunft aus deren leitenden Stelle ausgemerzt sein wird.

Schleifung der deutschen Festungen in Nord-Schleswig. Eine Abteilung baltischer Ingenieure ist nach Hadersleben geschickt, um die Festungsanlagen in Nord-Schleswig, die aus deutscher Zeit stammen, säfischen zu lassen.

Die Autohupe und die Völkischen.

Von Walter von Hollander.

Als wir noch jung waren, wuchs dem Chauffeur zur Rechten ein gemundenes Horn, dem er vor Ecken und Biegungen einen dumpfen Ton entlockte. Entsetzt stob der ärmliche Fußgänger, das verarmende Fuhrwerk vor dieser Drohung davon.

Jetzt verlangt der Anstand, daß auf einen Knopfdruck dem Auto ein ohrenzerreißendes Geheul von beliebiger Länge entweht, ein trübseliges Getöse, ein Janken, Piepen, Trillern, Schreien, Trompeten. Auf dem Ohr des Straßenmenschen wird so lange herumgehauen, bis es särmverblüdet seinen Dienst aufgibt. Wenn wir uns so weiterentwickeln, wird in Kürze jedes Auto einige Kanonenschüsse und ein automatisches Brillantfeuerwerk mit sich führen, das an jeder Ecke und bei Annäherung eines Fußgängers abgebrannt wird. Derselb kann sich nur in geometrischer Progression entwickeln und als Landplage enden.

Die Autobesitzer, die immer wieder ihren Höllenlärm mit dem Stumpfsinn der Passanten zu entschuldigen suchen, müssen endlich einsehen, daß durch Lärm und Ueberlärm nicht die Aufmerksamkeit erregt, sondern das Gehörn verstimmt wird.

Artur Dinter, eine Haupttrompete unter den Völkischen, hat in Weimar geäußert, daß ersens selbstverständlich alle Regierenden Juden seien, und daß insbesondere jetzt Marx und Stiefemann als Vaterlandsverräter vor den Staatsgerichtshof gehören. Merkwürdigerweise hatte diese von Heilrufen und Racheeschwüren begleitete Rede nicht für die also Beschimpften üble Folgen, es hat sich auch das deutsche Publikum nicht viel nach dem Trompeter umgesehen, sondern es ist seines Weges gegangen.

Aber es verlaunt mit immer größerer Bestimmtheit, daß man Artur Dinter auch bei den Völkischen hat und ihn in die Rumpfkammer zu bringen gedenkt. Die Trompete hat sich überschrien. Lautere Töne sind aus ihr nicht herauszuziehen. Das Publikum ist verhärtet und hört nicht mehr hin.

Seitdem man weiß, daß 98 Proz. aller Deutschen Juden sind, und daß jeder Politiker durch seinen Eintritt in die Öffentlichkeit Jude und Volksverräter wird, ist einem alles egal geworden. Man kann auch so sagen: hundertprozentiger Blödsinn ist unverwundlich und Lärm läßt sich nicht beliebig mit Ruhm vermehren. Von einer bestimmten Lärmstufe an gilt der Satz: Verdoppelter Lärm — halbe Aufmerksamkeit.

Die Autobesitzer werden vielleicht einsehen, daß das wahr ist, was hier über die Völkischen steht, und die Völkischen, die zum größten Teil kein Auto haben, werden mir recht geben in bezug auf das, was hier über die Autohupen gesagt ist.

„Uriel Acosta“ in altmodischem Stil.

In einer Zeitspanne von noch nicht acht Tagen hat sich das zweite Theater mit fest umrissenem Programm und künstlerischem Wollen aufgetan, ein glückliches Zeichen für den lebendigen Kulturwillen unserer wirtschaftlich daniederliegenden Zeit. Gestern wurde das Wallner-Theater unter Leitung Emil Linds wiedereröffnet. Er will „das gute Alte mit dem neuen Besseren verbinden“, klassische Werte, moderne Problemata und leichte Unterhaltungsideen bieten, mit einem Wort: das alte würdige Haus soll wieder zum Volkstheater werden.

Und führt „Uriel Acosta“ auf. Ob Gupstows 1847 entstandenes Trauerspiel altmodisch wirkt oder ob es sich lohnt, es an erster Stelle neu zu besetzen, darüber läßt sich streiten. Uns Wüngerer liegt die Dramatik mit den höchsten Geistes und den großen Worten nicht mehr recht, wir empfinden das Pathos zuweilen als Schmerzhaft hohen Klang und die geiragene Sprache oft als Schwulst. Das Thema des „Uriel Acosta“, der Kampf freireligiöser Überzeugung gegen priesterliche Unduldsamkeit ist ebenso wie der in das Trauerspiel verflochtene Gedanke vom ewigen Judentum heute noch jung. Aber daß der Stil, den der Regisseur Lind für angebracht hält, überlebt ist, das ist keine Frage. Wenn das Drama auch in Versen geschrieben ist, so bedeutet das noch nicht die Notwendigkeit, den ganzen Abend feierlich zu sein. „Uriel Acosta“ ist kein Weisheitspiel, Lind als de Silva betont jedes Wort seiner Rolle. Ein Mensch, auch wenn er ein Befehlshaber ist, kann nicht beständig in Lebensregeln reden. Da dem Träger der Titrolle Jakob Otto Bresin hat sich Lind einen Verehrer ganz alter Schauspielkunst ausgesucht. Schulte: Königlich-schleswig-holsteinisches Schauspielhaus. Er war die verkörperte trostliche Feiertagsfeier. Eine solche Auffassung lebt auf Kosten der Natürlichkeit und Glaubhaftigkeit. Für heutiges Kunstempfinden ist sie eine Qual. Die einzigen Natürlichkeiten des Abends waren Max Pohl als Ben Akiba, dessen reifes Spiel Beifall auf offener Szene auslöste, und die beiden weiblichen Rollen: die Judith der reisenden Margarete Rie und die blinde Mutter der Ilka Grünig, zwei ergreifende Leistungen. Das Publikum nahm regen Anteil und spendete am Schluß begeisterten Beifall.

Mozart auf der Marionettenbühne. Ein eigenartiger Versuch, zwei wenig bekannte und kaum je aufgeführte Opern Mozarts zu neuem Leben zu erwecken, wurde in der „Lidiana“ gemacht, indem man hier Mozarts „Apollo und Hyazinth“ und „Jaide“ zur Aufführung brachte. Es war gewiß ein kühnes Unternehmen, diese feinsten Blüten der Nototokultur im Stil der Marionettenbühne darzustellen, die etwas Volkstümliches und Romantisches hat, und noch dünner war es, daß in der Form der Puppen wie in der Bühnenszenario moderner Künstler mit expressivsten Mitteln sich betätigten. Und doch gingen die vorzüglichen Malereien des Rodus Giese und die ausdrucksvoll folgerichtigen Figuren, die Weidemar Kämlich geschaffen hat, mit den jordanen Figuren mozartischer Melodienführung gut zusammen, und es zeigte sich wieder einmal, daß lebendiges Kunstschaffen ein besserer Rahmen für vergangene Schönheit ist, als alle historische Sinnnachahmung. So konnte man die unbegreifliche Genialität des

jungen Mozart demütern, denn „Apollo und Hyazinth“ ist schon von dem 17jährigen für eine Salzburger Schulaufführung geschaffen worden und atmet doch die ganze Sühigkeit seiner befehlenden Anmut. Die „Jaide“ zeigt dann den Schöpfer der deutschen Spieloper auf dem Wege zur „Entführung“. Die musikalische Wieder-gabe unterband Conrad Bernhard, und es muß anerkannt werden, daß er mit den dilettantischen Kräften, die ihm zur Verfügung standen, das Beste vollbrachte. Die Puppen wurden mehr drallig als silberrecht geführt, und so kam manchmal ein grotesk primitiver Zug in diese Kunst, die auf höchster Kulturstufe steht. Im ganzen aber war es ein erquickendes Dilettantenwerk, bei dem jede Liebe und Begeisterung mitearbeiteten. Dr. F. S.

Deutscher Weltrekord im Alkoholverbrauch. Aus einer soeben veröffentlichten Statistik über den Alkoholverbrauch der Welt geht hervor, daß das bierliebende Bayern mit einem Durchschnittsverbrauch von 255 Liter Bier auf das Jahr und den Kopf der Bevölkerung an der Spitze steht. Holland bringt es nur auf 207 Liter. Auch in England hat der Bierkonsum eine Steigerung erfahren. Während vor zehn Jahren der durchschnittliche Jahresverbrauch mit 120 Liter betrug, wird er in der soeben veröffentlichten Statistik mit 155 Liter verzeichnet. Im Verbrauch spiritueller Getränke, Schnaps, Likör, Konak usw. hat Deutschland leider die Führung. Es werden hier im Jahr 500 Millionen Liter konsumiert; an zweiter Stelle steht Frankreich mit einem Verbrauch von 300 Millionen. Vor dem Alkoholverbot in den Berechtigten Staaten erreichte hier der Verbrauch die Höhe von 255 Millionen Liter, während er heute, auf dem Papier wenigstens, in der Statistik mit einer Rast harrt. Was den Wein anbetrifft, so trinkt England jährlich knapp 75 Millionen Liter; in Deutschland werden 350 und in Frankreich nicht weniger als 400 Millionen Liter verbraucht.

Der Berliner Volkschor (Dirigent Dr. Ernst Panzer) veranlaßt am Freitag, den 5. September, abends 8 Uhr, in der Kala Koppente 78 einen Einführungabend zu der Aufführung „Die heilige Elisabeth“ von 1811, die am Donnerstag, d. 11. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Garnisonkirche unter Mitwirkung des Pöhlmannschen Orchesters stattfinden. Dem Einführungabend haben Gäste in beschränkter Zahl Zutritt. Konzertkarten aus in der Musikdirektion.

Das Künstlerfest der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, das hier heute abend im Lunapark angesetzt war, wird infolge des unvorhergesehenen Wetters auf Sonnabend, den 6. September, verschoben. Die gelübten Karten berechtigen für Sonnabend zum Eintritt.

Die Bayreuther Festspiele, die nach einem Geleit Siegfried Wagner dieses Jahr ein befriedigendes finanzielles Ergebnis brachten, sollen im nächsten Sommer wiederholt werden. Qualität und sonstige, auch technische Neuerungen sind vorzusehen.

Eine neue Ruhr-Tafel. Um ein Verlangen der Wasserleitung des rheinisch-westfälischen Ruhrgebietes und damit den Eintritt in das tropische Jähnd, wie sie 1921 zu befrüchten waren, zu verhindern, hat der Ruhr-Tafelverein-Berand sich entschlossen, eine weitere Tafel zu anzulegen. Für diese ist das Corps-Teil im Kreise Krefeld auszuheben.

Eine französische Nordpol-Expedition. Der französische Marine-Expedition wird in 14 Tagen nach Norwegen einlaufen, um dort eine Nordpol-Expedition auszurüsten. Diesen Winter wird die Expedition auf Spitzbergen bleiben, wo eine starke drabliche Station angelegt werden soll, die täglich Meldungen von den Polargebieten geben kann. „Die wollen Spitzbergen zu einem französischen Alaska machen,“ sagt Bayer.

Ein Wahlkampf um die Demokratie.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

In drei dänischen Wahlkreisen hat seit zwei Wochen der Wahlkampf um die am 18. September stattfindende Wahl begonnen. Der Kampf wird eifrig, hart auf hart, geführt, gilt es doch für die Bürger der Folketingswahlen im April, Bürgerlich-Radikale und Sozialdemokraten, zu zeigen, daß ihr Sieg kein Zufallsfall war, wie die Gegner gern behaupten. Andererseits heißt es für die Konservativen und die Nationalliberalen, ihre letzte Festung, von der aus sie das Arbeiten der sozialistischen Regierung bisher sabotiert haben, zu verteidigen.

Der Landthing, die erste Kammer des aus ihm und den Folkething bestehenden Reichstags, ist ein Gebilde aus jener Zeit, in der das Königtum noch daran arbeitete, die Fäden der Politik in der Hand zu behalten. Damals schufen die konservativen Ratgeber des Königs das Zweikammersystem, um in der Kammer Landthing ein besonderes Kontrollorgan des Königs durch „königsgewählte“ Abgeordnete zu haben. Diese Form des Landthings hat die unter dem Druck der dänischen Sozialdemokratie zustande gekommene Verfassungsreform von 1915 endgültig beseitigt — aber dem Übergewicht des Bürgertums gelang es damals, das Kompromiß durchzubringen, den Landthing als gleichberechtigte Kammer neben dem Folkething zu behalten, nur daß er durch indirekte geheime Wahl aller über 35 Jahre alten Männer und Frauen gewählt wird. Die Landthingsabgeordneten werden für 8 Jahre gewählt, alle 4 Jahre erfolgen Neuwahlen für die Hälfte, während der Folkething für 4 Jahre von allen über 25 Jahre alten Frauen und Männern in direkter Wahl gewählt wird. Der einzige Zweck des Landthings ist heute also der, allen über 35 Jahre alten Staatsbürgern sozusagen eine Zusatzstimme zu geben, noch dazu mit einer Entscheidung über 8 Jahre. In der Praxis führt diese Doppelwahl zu dem unheilvollen Zustand, daß eine neue Regierungsmehrheit im Folkething bisher noch die Minderheit im Landtag bildet. Das ist z. B. augenblicklich der Fall. Der Regierung bleibt es so vorbehalten, das Kunststück fertigzubringen, so zu regieren, daß sowohl die Links- als auch die Rechtsmehrheit wie die Rechtsmehrheit des Landthings ihren Maßnahmen zustimmt.

Unseren dänischen Genossen ist durchaus klar, daß der augenblickliche Zustand eine Einschränkung der Demokratie bedeutet, und darum heißt ihre Wahlparole: Weg mit dem Landthing! Schon 1920, als die Uebernahme Rorbølsholms eine Veränderung der Verfassung notwendig machte, beantragte die dänische Sozialdemokratie eine völlige Republikanisierung und Demokratisierung der Verfassung, deren beide Hauptpunkte die Umwandlung des Königtums in eine Republik und die Schaffung eines nur aus einer Kammer bestehenden Reichstags, gewählt von allen Frauen und Männern über 21 Jahre, waren. Die bevorstehende Landthingswahl läßt den zweiten Punkt wieder aktuell werden. Es ist ein Kampf um die Demokratie, der hier geführt wird und der deshalb die anderen Demokratien der Welt besonders interessieren dürfte.

Die dänischen Genossen wissen, daß der 18. September nur eine erste Breche in die letzte Hochburg der Reaktion schlagen kann. Die Uebermacht der beiden rechten Parteien ist derartig, daß sie mit dieser Wahl nur das halbe Landthing kaum gebrochen werden kann. Aber trotzdem hängt von einem Steigen oder Fallen der sozialdemokratischen Stimmen doch das Schicksal der ganzen Arbeit des Rabinetts Stouning ab.

Die Aussichten der dänischen Sozialdemokratie sind trotz schwächerer Regierung gut. Die ersten Wahlobermittlungen zeigten günstige, siegesfreundliche Stimmung. Zwar sieht die agrarische Hochburg, Insel Funen, mit zur Wahl, aber gleichzeitig wählt auch das gut sozialdemokratische Kopenhagen.

Sawinkow und die Sowjetregierung.

Wie wir bereits berichteten, ist einer der eifrigsten Feinde der Sowjetregierung, der frühere Sozialrevolutionär Sawinkow, vor kurzem an der russischen Grenze verhaftet und von einem sofort zusammengerufenen Militärtribunal in Moskau abgeurteilt worden. Das ursprünglich gefällte Todesurteil ist vom allrussischen Zentralrevolutionärskomitee auf Antrag des Gerichtes in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden. Als Begründung der Begnadigung wird angeführt, daß der Verurteilte „ausrichtige Reue“ an den Tag gelegt und auf jeden weiteren Kampf gegen die Sowjetregierung verzichtet habe.

Die ganze Infanterisierung des Gerichtes legt die Vermutung nahe, daß man es bei der ganzen Angelegenheit mit einem abgekarteten Spiel zwischen der Sowjetregierung und Sawinkow zu tun hat. Sawinkow, der früher in der sozialrevolutionären Partei als Organisator erfolgreicher terroristischer Akte eine angesehenen Stellung einnahm, war wegen seiner Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Gruppen schon im Jahre 1918 aus der sozialrevolutionären Partei ausgeschlossen worden und hatte sich seitdem mehr und mehr zu einem internationalen Abenteurer und Bandenführer entwickelt, der bei allen alliierten Regierungen Mittel zur Fortführung eines bewaffneten Kampfes gegen Rußland zu erlangen suchte. In dem Maße jedoch, wie diese Politik ein Ende nahm, verlor Sawinkow immer mehr den Boden unter den Füßen. Zuletzt suchte er Zuflucht in Polen, wo er gemeinsam mit einigen anderen abgekarteten Größen seine verchwörerische Tätigkeit gegen Rußland fortsetzte. Inzwischen scheint er jedoch auch Fühlung mit der Sowjetregierung gewonnen zu haben, um auf dem Wege über ein „reumütiges Bekenntnis“, wie schon viele andere weißrussische Größen, von den kommunistischen Herrschern in Gnaden aufgenommen zu werden. Die ganze Prozedur seiner geheimnisvollen Verhaftung und sofortigen Aburteilung und Begnadigung läßt diese Annahme als durchaus begründet erscheinen.

Nun, nach dem Abschluß des Verfahrens, beginnt die offizielle russische Telegraphenagentur die Veröffentlichung von Aussagen Sawinkows, die sich auf seine angeblichen Verhandlungen mit Vertretern der alliierten Mächte über militärische und terroristische Maßnahmen gegen Sowjetrußland beziehen. Wenn Sawinkow auch sicherlich kompromittierendes Material über die Tätigkeit mancher Staatsmänner und Beauftragten der alliierten Regierungen besitzt, so wird man seine Aussagen doch nur mit jener Zurückhaltung und Skepsis entgegenzunehmen dürfen, die einem politischen Abenteurer und Ueberläufer gegenüber am Platze sind.

Gleichzeitig mit den Mitteilungen über den Fall Sawinkow veröffentlicht die offizielle russische Telegraphenagentur Mitteilungen über eine angebliche menschewistische Verschwörung in Georgien und über angebliche Aussagen des Mitgliedes des georgischen Menschewistischen Zentralkomitees Djugeli, der in Tiflis verhaftet worden ist. Auch gegenüber diesen Mitteilungen und Aussagen ist dieselbe Zurückhaltung am Platze, wie gegenüber den Nachrichten über Sawinkow. Daß den georgischen Menschewisten Aufstandspäne zugesprochen werden, ist purer Unsinn. Die verantwortlichen Instanzen der georgischen Sozialdemokratischen Partei haben sich mehrfach in entschiedenster Weise gegen derartige Pläne ausgesprochen.

Märkische Junker.

Die unvergeßliche Blamage, die sich die Deutschnationalen, zu denen sich so ziemlich wohl alle märkischen Junker rechnen, im Reichstag geholt haben, erinnert an ein im älteren Berlin viel beachtetes satirisches Gedicht aus der „Churprinzinnenbraut“ von Heffner. Alle Kupplungsfänger damaliger Zeit verzapften es, selbst die Gassenjungen jogten mit großer Jüngensfertigkeit die folgenden Verse auf:

Die im Sand und die im Luche,
Hilms, Kochows, Schellen, Buche,
Die im Busch und die im Felde:
Krimm, Kothoe, Winterfelde,
Die im Sumpf und die im Sande:
Gräber, Jäthen, Sogow, Brande,
Rarowik, Redern, Ipenplige,
Keiner ist der Welt was nütze,
Alle sind vom selben Hofze:
Katie, Hake, Gredien, Gölge,
Beufte, Königsmark und Schöden —
Das ist uralte böse Sieden,
Hagen, Erz und Wartenleben —
Rehmet seliger als geben.
Die im Wald und die im Dorfe:
Waldows, Burgs, und Hofendörffe,
Görzle, Kanih, Quigow, Quaste —
Blühen all' auf einem Aste.
Die zur Rechten, die zur Linken,
Alle wollen essen, trinken,
Die zur Rechten, die zur Linken,
Alle wollen tapfer sechten,
Sihen fest in Sumpf und Heide;
Aber trotz dem seidenen Kleide,
Aber trotz der großen Klunker,
Bleiben's unsre Märk'schen Junker.

Die heutigen Varieté-humoristen und Kupplungsfänger sind nicht mehr so tapfer wie einst, sie haben Angst vor den im Parkett und in den Logen sitzenden Junkern, Schießern, Kriegs- und Traktionsgewinnlern und haben sich mit lustigen, schäbigen Witz so lange an der Republik und ihres Vertreters gerieben, bis sie, gehörig zurechtgemessen, es so offen und so frech wie vor drei, vier Jahren nicht mehr wagen. Die Zeit ist aber nicht mehr fern, wo all dieses deutschnationalen und völkische Gekicher nicht einmal mehr den Kolauer eines Komikers wert sein wird.

Köpenicker Tannenbergsfeier.

Da die Zeiten immer schlechter werden, müssen die armen Patrioten ihre Sehnsucht nach vaterländischen Gedenkfeiern immer mehr hinter Vorwänden verstecken. In Köpenick fand am Sonntag eine „Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Schüler des Seminars“ statt. Dabei sind die vorzüglichsten Reden gehalten worden. Das Köpenicker „Dampfbrot“, aus dem die Köpenicker Spielher täglich ihre geistige Nahrung beziehen, berichtet darüber u. a.:

„Danach nahm der Direktor des Märkischen Museums, Herr Dr. Rieckebusch, als Vertreter der Vereinigung ehemaliger Schüler das Wort, anknüpfend an den Spruch: „Was gemessen, lehrt nicht wieder, aber geht es leuchtend nieder, lehrt es leuchtend noch zurück.“ Er gedachte der schönen Feiertage vor zwei Jahren zur Einweihung des Gedenksteins und sagte: Es ist nötig, uns aufzurichten, da diese Zeit mit ihrem Halten und Jagen so leicht die tiefsten Eindrücke vernichtet. Der Stein soll uns mahnen, daß wir derer nicht vergessen, die mehr gaben als wir alle: ihr Leben. Ihr Bild soll immer vor uns stehen. Der Vergleich der Zeit vor 2 Jahren und jetzt ist erschütternd: Heute gibt's kein Recht mehr, keine Urkunde wird geachtet. Der Beamte wird mit Wäffeln behandelt. Dennoch sind unsere Helden nicht umsonst gestorben. Die sollen wie leuchtende Meteore uns helfen, alle Kleinlichkeit, allen Eigennutz zu verbannen, rest- und rastlos dem Vaterlande zu dienen. Wir brauchen aufrechte Männer zum Aufbau, die mit starkem guten Willen das Volk leiten. Herr Seminarlehrer Wulff erinnerte daran, daß die gefallenen Schüler gerade unter seiner Leitung gestanden hätten. Auch seine beiden Söhne habe er dem Vaterland geopfert. Er verglich Tannenberg und London: Dort Befreiung von der römischen Herrschaft und zerbrochene Ketten, hier Arbeit zum Schutze des Vaterlandes und feineres Schmieden unserer Ketten. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Einst wird das Schwert entscheiden.“

Herr Seminarlehrer Wulff hat offenbar in der Presse Ludendorffs Selbstbiographie über Tannenberg und London gelesen und hat es für richtig gehalten, ihn in seiner Art anlässlich einer „Gedenkfeier für Gefallene“ zu variieren. Man kann sich kaum eine größere Betrübnis und Unverschämtheit vorstellen, als diese Art, wie hier von der Regierung und von der Mehrheit des Reichstages gesagt wird, daß sie „Arbeit zum Schutze des Vaterlandes“ leistet. Bieleicht läßt sich Herr Boettig diesen seinen würdigen Vertreter doch einmal vor und auch Herrn Dr. Rieckebusch, den Direktor des Märkischen Museums, wird man sich als einen tüchtigen Heher merken müssen. Freilich, auch in Köpenick ändern sich die Zeiten. Der Patriotismus läßt bei den Spielher doch merzlich nach. Das bestätigt ein bewegliches Klagesied, das in der gleichen Nummer des „Dampfbrot“ in einem „Eingekleidet“ angestimmt wird. Ein östlicher Jüngling schreibt dort:

„Zu gestern, anlässlich des Tannenberg-Gedenkfestes, ist von allen auf streng vaterländischem Boden stehenden Verbänden und Vereinen die Aufforderung ergangen: Fahnen heraus, ich warg weihrote Fahnen heraus. In unserer Stadt Köpenick, in der schon so oft hervorragende Reden gehalten worden sind, mußte man doch annehmen, daß diesem Ruf allerorts Folge geleistet würde. Wo sind die Fahnen geblieben? Alle, die für schwarzweihrot angeblüht sind, sie erklären meist, keine Fahnen mehr zu besitzen, oder sie wollen nicht als „Einziger“ flaggen. „Kann man es denn mögen?“ Der Patriotismus des Maultes hat sich gestern so richtig klar erweisen. Die Häuser der „hervorragenden“ Mitglieder der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Freiheitspartei, auf die man besonders achtete, sie blieben ungeschmückt. Treten Sie ab, meine Herren, Sie sind uns zu vernünftig. Vaterländische Politik muß mit dem Herzen betrieben werden.“

Der Schmerz des völkischen Heldenjünglings ist nur zu verständlich. Der schwarzweihrote Patriotismus kommt langsam, aber sicher außer Kurs. Die deutschnationalen Schule ist geborsten, Schwarz-Weiß-Gold marschiert und welcher deutsche Spielher will bei Schwarz-Weiß-Rot bleiben, wenn die Sache nicht mehr sicher ist. Deutschlands Heldenjünglinge werden sich bald damit abfinden müssen, daß Schwarz-Weiß-Rot admetisch ist.

Falsche Rentenbankcheine zu 50 Rentenmark.

In der letzten Zeit sind in mehreren Orten Nord- und Mitteldeutschlands falsche Rentenbankcheine zu 50 Rentenmark aufgetaucht, bei denen das natürliche Wasserzeichen der echten Scheine durch ein künstliches, mit einem besonderen Ritzwerk aufgeprägtes Wasserzeichen unvollkommen nachgemacht ist. Die Falschcheine sind beiderseits mit einer Wachsschicht überzogen, fühlen sich infolgedessen glatt an und haben ein glänzendes Aussehen. Der Rand der Scheine, auf dem unter dem Wasserzeichen die Palmen mangethaft angeordnet sind, ist schmutzgrau und schmaler als bei den echten Scheinen. Die im Buchdruck hergestellten Falschcheine sind in Linienrand und Beschriftung von

echten Scheinen sehr ähnlich und deshalb für den Verkehr gefährlich, können aber doch bei einiger Sorgfalt besonders an dem offener, glänzenden Aussehen leicht erkannt werden.

Der „dove Karl“ im Nachtschran?

Weitere Eisenbahnberaubungen aufgeklärt.

Vor einigen Tagen konnte über die Verhaftung zweier Eisenbahnräuber, der beiden 22-jährigen Arbeiter Walter Bettin und Bruno Reeh, berichtet werden. Beide wurden morgens früh um 4 Uhr in der Wohnung des alten Reeh verhaftet. Als die Beamten eindringen, war die ganze Familie um den Kaffeetisch versammelt. Reeh versuchte zu flüchten, konnte aber sofort wieder festgenommen werden. Da man nun annehmen konnte, daß sie noch mehr auf dem Gewissen hätten, wurde plötzlich eine zweite Durchsuchung in dem Pfannkuchenbaker von Rauch in der Breslauer Straße vorgenommen, da Reeh und Bettin dort Stammesleute waren. Hier fand man eine neue braune Lederkoffer, die unzweifelhaft dort nicht hingehört. Die Frau des Kofferinhabers hielt sich während der Durchsuchung meistens vor einem kleinen Schränkchen auf, das sie mit ihrem gewaltigen Körperumfang zu verdecken beabsichtigt war. Als man sie sah, etwas Weg zu machen, fanden die Beamten in dem unwahrscheinlich kleinen Schränkchen, offenbar einem Nachtschranke, einen Menschen. Sie befreiten ihn mit Mühe aus seinem engen Gefängnis und er legitimierte sich als Arbeiter auf. Der aus dem Schränkchen herausgezogene hatte also solche Papiere. Nach längerem Hin und Her gab er denn auch zu, „der dove Karl“ zu sein und mit richtigem Namen Dvorak zu heißen. Er war aus Böhmen entwichen und hatte noch 10 Monate Gefängnisstrafe „abzumachen“. Seine „Spezialität“ waren Badendiebstähle. An Hand der vorgefundenen Lederkoffer gelang es nun, einen dritten Mann im Bunde in dem Arbeiter Hans Grahl zu finden. Dieser hatte einmal die Lederkoffer der Pfannkuchenbaker zum Geschenk gemacht. Er und die beiden schon Verhafteten hatten schon einmal im Juni in Frederiksberg an derselben Stelle einen Güterraub ausgeführt. Auch diesen Raub verübten jetzt alle drei ein. Der ihrer Festnahme war es ihnen noch gelungen, mehrere Abschnitte graublauen Stoff zu verkleben. Leute, denen unter verdächtigen Umständen solcher graublauer Stoff angeboten wird, werden gebeten, sich sofort bei der Kriminalpolizei zu melden.

Von der Aufhebung der Beherbergungssteuer.

Der Magistrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Beherbergungssteuer vom 1. Oktober ab nicht mehr zu erheben. Damit würde der Kampf gegen eine Steuer sein Ende erreicht haben, die wie selten eine Umlage die Unzufriedenheit vieler Kreise der Bevölkerung erregt hat.

Vom Erholungsheim Reß.

Die Klagen über das Kindererholungsheim Reß (bei Köslin), das der Stadt Berlin gehört, sind in der Berliner Deputation für Jugendwohlfahrt besprochen worden. Nach eingehender Prüfung hat die Deputation einstimmig die erfolgte Entlassung einer Anzahl von Erziehern und Erzieherinnen ausgesprochen und sich mit den vom Jugendamt getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt. Zu dem Vorwurf, die Leitung des Heims habe durch sparsames Wirtschaften bereits 30 000 M. erspart, wird uns mitgeteilt, daß es sich um einen „eisernen Fonds“ handelt, der anfangs 45 000 Mark betrug und möglichst wieder aufgefüllt werden soll. Wenn gegenüber den früheren 45 000 M. zurzeit nur 30 000 M. in dem Fonds sind, dann kann man wohl nicht von „Ubersparungen“ reden.

Zusammenstoß zwischen Auto und Personenzug.

Zwei Personen getötet, eine schwer verletzt.

Ein furchtbares Automobilunglück hat sich am Dienstagabend auf der Eisenbahnstrecke Leipzig—Berlin ereignet. Nach den bisherigen Nachrichten genoss es den Anschein, als ob die allgemein als unzureichend anzusehende Beleuchtung der deutschen Bahnstrecken eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat.

In der Nähe von Gräfenhainichen, kurz vor Wittenberg, durchfuhr ein aus Leipzig kommendes Automobil die Bahnstrecke in dem Augenblick, als der Leipzig—Berliner Güterzug die Straßenkreuzung passierte. Das Automobil wurde von der Weiche erfasst, eine große Strecke mitgeschleift und schließlich völlig zertrümmert. In dem Wagen befanden sich mehrere Geschäftsleute, von denen zwei getötet wurden. Der Führer des Automobils, ebenfalls ein Geschäftsman, wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt neben dem Bahngleis aufgefunden. Ein anderer Insasse des Wagens wurde durch die Trümmer des Automobils zu Tode gequetscht. Ein dritter Insasse erlitt so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er ist in das Wittenberger Krankenhaus eingeliefert worden. Der Führer, der das Unglück bemerkte, brachte den Güterzug zum Halten. Das Zugpersonal betätigte sich an den Rettungs- und Räumungsarbeiten. Durch dieses Unglück erlitt der Zug eine einstufige Verspätung. Die Getöteten sollen ein Kaufmann Weise und dessen Geschäftsfreund Ender, beide aus Leipzig sein, der Verletzte ein Bruder des Weise.

Jahresverkürzung des D-Zuges Berlin—Leipzig—Wien. Die das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, wird durch den neuen Winterfahrplan der Bundesbahnen, der am 1. Oktober in Kraft tritt, die Fahrtdauer des D-Zuges Wien—Welsau—Leipzig—Berlin um 3 Stunden 10 Minuten verkürzt. In der Rückfahrt wird die Fahrtdauer um 2 Stunden 10 Minuten gekürzt.

Grubenunglück in Märkisch-Ostpr. Auf der Grube „Louise“ in Witkowo stieß der Förderkorb bei der Einfahrt im dritten Stock auf die Aufschlagsrichtung. Von den einfahrenden 35 Bergleuten wurden zehn schwer und vierzehn leicht verletzt. Einer der Verletzten ist im Laufe des Vormittags seinen Verletzungen erlegen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Ein wenig wärmer, abnehmende Bewölkung, keine erheblichen Niederschläge.
Deutschland: In Ostdeutschland und Schlesien Regenfälle, in Mittel- und Norddeutschland abnehmende Bewölkung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Hindenburgstr. 2, 2. Hof, 2. Resp. rechts, zu richten.

78. Wtl. Schöneberg, Freitag, den 5. Sept., 8 Uhr, Funktionärsversammlung bei Köpcke (Koch), der Prinz-Georg-Str. Eingang Sachland 7 1/2 Uhr einbu.
116. Wtl. Städt. Bezirksrat, Donnerstag, den 4. Sept., 8 Uhr, bei Köpcke, Kochhaus, Straße 34, Funktionärsversammlung der Partei mit dem Betriebsratsvorsitzenden.

Jugendveranstaltungen.

Anmeldungen zum Ferienaufenthalt am Duzsee (Sankt-Heim) werden noch im Jugendsekretariat, Hindenburgstr. 2, Hof, 2. Etz., angenommen.

Verbotsgelbst Oberlinsee. Die Wirtschaftler müssen im letzten Augenblick (Donnerstag) das Jahrgeld (250 Mk.) für die Teilnehmer am Jugendklub in Giddens im Jugendheim, Silbersteinstraße abgeben.
Kreuz-Markfabrik morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Grünauer Str. 3. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Verurteilung wegen Streikpostenstehen.

Bei einem Streik in Wetter a. d. Ruhr im Februar waren Polizeibeamte für die „Arbeitswilligen“ eingetreten und deshalb vor den Streikenden mit Steinen beworfen worden. Nunmehr suchte die Polizei die Streikposten zu vertreiben. Die Streikposten P. und Genossen, die sich vor Arbeitsbeginn vor der Fabrik aufgestellt hatten, wurden aufgefordert, fortzugehen, da zu befürchten sei, daß wieder „Unruhen“ und „Belästigungen der Arbeitswilligen“ stattfinden könnten. Da sich P. und Genossen weigerten, sich zu entfernen, wurden sie festgenommen. Auf die gegen P. und Genossen erhobene Anklage machten sie zu ihrer Verteidigung geltend, das Streikpostenstehen sei nicht mehr unter Strafe gestellt, da § 153 der Gewerbeordnung in Fortfall gekommen sei.

Das Amtsgericht erkannte aber gegen P. und Genossen auf eine Geldstrafe, da sie sich gegen die Oberpräsidialpolizeiverordnung vom 11. Juli 1908 vergeblich hätten, welche bestimmte, daß die Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten zu befolgen seien, die im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ergehen. Gegen ihre Verurteilung legten P. und Genossen Revision beim Kammergericht ein und behaupteten nach wie vor, sich nicht strafbar gemacht zu haben; untergeordnete Polizeibeamte seien nicht befugt gewesen, Anordnungen der in Rede stehenden Art zu treffen; von einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit könne keine Rede sein; sie haben angenommen, daß das Streikpostenstehen nicht mehr unterliegt; in diesem Bewußtsein haben sie ihren Posten nicht verlassen.

Das Kammergericht erkannte jedoch auf Zurückweisung des von den Angeklagten eingelegten Rechtsmittels und machte geltend, im Hinblick auf die Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes, des Polizeiverwaltungsgesetzes und § 10, 11, 17 des Allgemeinen Landrechts habe der Oberpräsident bestimmen dürfen, daß den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nachzukommen sei. Es komme eine Anordnung in Frage, welche alle Staatsbürger angehe und sich mithin auch auf Streikposten beziehe. P. und Genossen haben sich dabei gegen Pflichten vergeblich, welche alle Staatsbürger zu erfüllen haben. Ohne Zweifel seien auch Landjäger und Betriebsassistenten zu den polizeilichen Aufsichtsbeamten zu rechnen.

Also: das Streikpostenstehen ist erlaubt, es kann jedoch auf Grund des Allgemeinen Landrechts, das etwas älteres Datum ist, jederzeit unwirksam gemacht und seine Ausübung obendrein bestraft werden.

Der Kampf der Polizei gegen das Streikpostenstehen ist so alt wie das Streikpostenstehen selber. Auch heute noch nimmt die Polizei bei fast allen Streiks von vornherein Partei gegen die Streikenden, für die Unternehmer. Von dieser alten Tradition scheint sie schwer loszukommen. Es wäre nun doch bald an der Zeit, dem Unfug zu steuern, daß die Streikposten immer wieder belästigt und auf dem Umwege über das Allgemeine Landrecht, das sich längst zu einem Landunrecht in dieser Beziehung wie in manch anderer erwiesen hat, das Streikpostenstehen unmöglich zu machen.

Die Polizei mag einschreiten, wenn es zu Tätlichkeiten, zu Kraftthaten Handlungen kommt. Sogar der Streikenden und insbesondere der Streikposten ist es, dazu keine Veranlassung zu geben. Durch eine Ohrfeige oder eine Tracht Prügel wird man keinen Streikbrecher gewerkschaftliche Solidarität beibringen. Wo Zureden nicht hilft, bleibt nur Verachtung übrig.

Doch das Recht des Streikpostenstehens werden die Gewerkschaften sich unter keinen Umständen streitig machen und auf keinen Fall eskalieren lassen. Es ist daher an der Zeit, daß klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden. Das liegt im Interesse der Gewerkschaften wie auch im Interesse des Ansehens der Polizei — und einer Rechtsprechung, die nicht als höchst ungerecht empfunden wird, weil sie an vermoderte Paragraphen gebunden ist.

Aus dem kommunistischen „Betrieb“.

Die KPD-Zentrale gibt jetzt eine „Allgemeine Betriebszeitung“ unter dem Titel: „Unser Betrieb“ heraus. Das vor uns liegende Exemplar ist für Berlin-Mitte und Hallesches Tor. Als Druckfirma wird die — Reichsdruckerei angegeben. Das Blättchen ist weniger „ultrisch“ eingestellt als die „Vorwärts-Lokomotive“. Der erste Artikel sucht die kommunistische Ablehnung des „Leufspostens“ — wie das Sachverhältnis der „Leufsposten“ bezeichnet wird — zu rechtfertigen. Um eine stimmungsvolle Einleitung zu bekommen, beginnt der erste Satz mit den Worten:

„Die kapitalistischen Zerstörungen, der „Vorwärts“ nicht ausgenommen, sind voll von Uebergriffen und Verdrängen über die Londoner Konferenz.“ Da das Blättchen aber selber als diese Uebergriffe „Sachverständigenkonferenz Londoner Konferenz und wir“ seine, tut es dasselbe, was es vom „Vorwärts“ sagt. Als das wichtigste Propagandamittel der Betriebszelle wird die Betriebszellenzeitung

bezeichnet. Während „Unser Betrieb“ zunächst ein Organ einer ganzen Anzahl von Betrieben ist, „so muß in Kürze jeder Betrieb seine Zeitung haben.“

Daß es auch in diesen Blättchen auf eine Handvoll mehr oder weniger nicht ankommt, geht aus einer Notiz hervor, überschrieben: „Friser und Kosmann, Stolteher Straße 135. Darin heißt es, daß nach dem Streik, seit Ostern, nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet wird. „Von der Betriebszelle wurden mindestens 200 Mann entlassen. Natürlich waren die Entlassenen meistens Kommunisten.“

In Wirklichkeit waren unter den 200 entlassenen Arbeitern sieben Kommunisten und drei Wähler, während die übrigen 190 Entlassenen auf dem Boden der KPD standen. Gegenwärtig zählen die Kommunisten unter der 400 Mann starken Betriebszelle etwa ein Dutzend Anhänger. Ein Genosse aus den Betrieben erzählt uns, den KPD-Schwundel auf seinen kläglichen Kennwert zurückzuführen.

Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am dritten Sonntag im September

Die nächste Ausgabe dieses „Betriebs“ wird zweifellos auf das Nachrufgebot der Sowjetregierung gegen den Generalstreik der Hafenarbeiter in Leningrad (Petersburg) zurückzuführen und den Berliner Arbeitern erzählen, weshalb Sowjetrußland so viele Gelder für Generalstreiks in Deutschland zur Verfügung gestellt hat und ein Generalstreik in Leningrad mit Militärgewalt abgewürgt wird.

Auf eine Erklärung, wie es mit dieser „zwei Paar Stiefeln“ denn eigentlich steht, darf man gespannt sein. Hoffentlich bleibt sie nicht aus.

Wegen die Nachtarbeit der Bäcker.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren ersucht uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Die Bäckereimeister Groß-Berlins halten die Zeit für gekommen, energisch die Wiedereinführung der Nachtarbeit zu betreiben. Zu diesem Zweck findet heute eine große Versammlung statt, die von ihnen einberufen ist und sich zunächst mit dem 5-Uhr-Anfang beschäftigen soll. Im die Geschäftlichkeit und die Nachteile dieser Agitation den Gefellen Groß-Berlins vor Augen zu führen, haben wir zu morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, in die „Germania-Säle“, Chausseestraße 110, eine große öffentliche Protestversammlung einberufen, wozu alle in Bäckereien und Konditoreien Beschäftigten eingeladen sind. Bestimmtes Erscheinen jedes einzelnen Bäckers und Konditorgehilfen ist Pflicht, da es im Interesse aller liegt.

Verbandstag der Töpfer.

Dem Verbands- bzw. Reichstagsgruppenstag der Töpfer und Fliesenleger gab der Reichsobmann Leopold Bartisch einen Rückblick auf die Entwicklung der Berufsorganisation bis zu ihrer Vereinigung mit dem Bauergewerksbund. Der Redner geht auf die angeblichen Mängel ein, die sich aus dem Zusammenschluß ergeben hätten, und weist nach, daß zum allergrößten Teil die Instanzen der vergangenen Zeit zu diesen Mängeln auch in anderen Organisationen geführt hat. Die Reibungsflächen zwischen einzelnen Angestellten sind vermindert worden und können überhaupt nicht dem Bund zur Last gelegt werden. Der Mitgliederzuwachs von 11000 auf 8900 ist nicht auf den Zusammenschluß, sondern auf die Abwanderung Laufender von Kollegen in andere Berufsgruppen zurückzuführen. Der Sachgruppe ist jahressgemäß die größte Bewegungsfreiheit innerhalb des Bundes garantiert und sie wird auch gewahrt, wie dies im Befehl des Bauergewerksbundes liegt.

Die Debatte, an der sich 20 Redner beteiligten, gab mit ganz vereinzelten Ausnahmen der Ueberzeugung Ausdruck, daß im Bauergewerksbund die richtige Vertretung gefunden ist. Vertreter des Glasarbeiterverbandes (Grünzel und Müller) äußerten sich sehr befriedigt über die Wirkung des Zusammenschlusses zum Bauergewerksbund bei den Töpfern. Sie werden in ihrer Organisation für den Anschluß als keramische Gruppe an den Bauergewerksbund eintreten.

Zum Bundestag werden vier Dienstreher, zwei Werkstubearbeiter, zwei Scheidewerker und je ein Fliesenleger und Steinzeugarbeiter delegiert. Die Tarifpolitik des Reichsobmanns und der Bezirkssekretäre wurde gutgeheißen. Großes Gewicht soll auf den Abschluß von Bezirksstarifen gelegt werden. Die Vorlage eines Rahmentarifes der Dienstreher für das gesamte Reichsgebiet wurde scharf kritisiert und demgemäß Änderungen vorgenommen. Die bisherige Arbeitsgemeinschaft mit den Dienstreibern soll gelöst werden.

Das Referat des Kollegen Rowad-Berlin über den Stand der heiztechnischen Organisationen wurde mit Beifall entgegengenommen. Protestiert wurde dagegen, daß die Unternehmer die bisherige Parteilichkeit in den heiztechnischen Landeskommissionen befeuert haben.

Zum Reichsobmann wurde Bartisch wiedergewählt.

Wirtschaft

Was der deutschen Wirtschaft not tut.

Unter dieser Ueberschrift führt Dr. W. Vershagen in der Zeitschrift Keramos, Zeitschrift für Feinkeramik, folgendes aus:

„Die Aufgabe, die der Produktion in der Gegenwart und in den kommenden schweren Zeiten erwächst, läßt sich auf den einen Satz bringen: Steigerung der Produktion. Es wäre aber sehr kurzfristig und würde die schließliche Lösung des Problems unmöglich machen, wenn man die Steigerung der Produktion lediglich oder auch nur vorwiegend in einer Steigerung der Arbeitszeit sehen wollte. Denn was auf diese Weise erreicht werden kann, ist naturnotwendigerweise begrenzt, und eine Arbeit, die über eine gewisse Zeit hinaus dauert, verliert notwendigerweise an Intensität. Wenn es nicht gelingt, in der üblichen Arbeitszeit das Vorkriegsmaß der Produktion wieder zu erreichen, und noch um ca. 20—25 Proz. zu steigern, so ist nicht einzusehen, daß das Sozialprodukt des deutschen Volkes die für seine Existenz nötige Größe erreichen könnte (einschließlich der Reparationskosten). Hier ergibt sich die wesentliche Aufgabe für alle diejenigen, die ihr Beruf in die Leitung von Produktionsstätten gestellt hat: sie müssen wieder in eigenen Betrieben heimlich werden, aus dem sie die Unruhe des Geschäftes in der Installation nur zu oft herausgeholt hat, und sie müssen diese Betriebe jeden Tag neu mit den Augen des kritischen Forschers ansehen, der erwägt, wo Arbeitsaufwand gespart, und wo mit demselben Arbeitsaufwand mehr Leistung erzeugt werden könnte, wo Produktionseinrichtungen verbessert werden könnten, kurz: wo und wie die Produktion intensiver zu gestalten sei. Wenn der deutsche Erfindungsgeist in der Jetztzeit und in der nahen Zukunft sich nicht bewährt, verliert dann Deutschland die letzte Schlacht, die es noch zu verlieren hat, nämlich die auf wirtschaftlichem Gebiet.“

Diese Ausführungen eines Privatdozenten und praktischen Wirtschaftlers, der der bürgerlichen Richtung angehört, beweisen aufs neue die Wichtigkeit der von den Gewerkschaften und von unserer Partei vertretenen Forderung, daß allein die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und eine durchgreifende Rationalisierung der Produktion die Sicherung der Wirtschaft ermöglicht. Statt dessen propagiert die Masse des Unternehmertums heute die Beseitigung des Achtstundentages, die Minderung des Reallohnes durch Schutzölle, die Schlechterstellung der Arbeiterschaft ohne Rücksicht darauf, daß sie damit eine starke Stütze ihrer Produktionsfähigkeit, den Inlandsabfah, untergräbt. Sehr zutreffend weist Vershagen darauf hin, daß die Industriearbeiterschaft den großen Teil des deutschen Volkes ausmacht, und daß, wenn diese Schichten nicht konsumkräftig sind, ein großer Teil der deutschen Produktion ihre natürliche Abfahgebiet verliert.“

Die Herren vom Schlage eines Borfig und die geschäftstüchtigen Syndikats der Arbeitgeberverbände sollten diese Feststellungen ad notam nehmen.

Die Arbeiterschaft aber wird durch das Urteil des bürgerlichen Kritikers in ihrer Auffassung von der Notwendigkeit des Achtstundentages bekräftigt werden und durch starken Zusammen-schluß in ihren Organisationen ihn zu verteidigen wissen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bei der großen Geldknappheit muß jeder besonders darauf achten, daß er beim Einkauf nicht überbezahlt wird und auch sein kleiner erworbenes Geld nicht zur Erde hinabsinkt. Das bekannte „Schuhfabrikat“ Bergschuh, Nr. 25, mit seinen billigen Kothäuler Damm 12 und Frankfurter Kothäuler 14 hat wieder große Bekanntheit unter besonders Umständern sich erworben. Wir weisen unsere Leser noch besonders auf das deutsche Ansehen der Firma hin.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Gubernat; Gesellschaftschronik: Frick; Kultur: Frick; Berlin: R. S. Böhmer; Sollos und Sollos; Frau: Frick; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Technische Lehrvorträge und Übungen für Kaufleute

veranstaltet von der Gesellschaft zur Verbreitung technischen Wissens in der Kaufmannschaft m. b. H. Hochbau - Tiefbau - Maschinenbau - Elektrotechnik - Gas, Wasser, Heizung und Lüftung. Beginn der Vorträge: Mitte Septbr. 1924. Drucksachen und Auskünfte kostenlos durch die Geschäftsstelle: Dr. Hauser, Charlottenburg, Sternstr. 2. Sprechstunden: Mittwoch und Sonnabends 4—5 nachm., sowie Sonntags 9. 11—12. Fernsprecher: Westend 205 und 695.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 — Fernsprecher: Norden 1198 — Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit - Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anzeige billig!

Erstklassiges Fabrikat braun, grau oder schwarz

4⁹⁰



Mod. Schiebespange, Allentat, erstklassiges Material, die große Mode, gute Korksohlen, moderne spitze Formen

Breite Schiebespange 5⁹⁰
echt R'Chevresan, gutes Material

Braune Schnürhalbschuhe 5⁹⁰
moderne Formen, gutes Material

Braun und schwarz echt Boxkalf 9⁹⁰
braun weiß gedoppelt, ganz spitze Form

Schnürschuhe 7⁹⁰
echt R'Chevresan, ganz spitze Form, halbhober Absatz

Braun und schwarz prima Boxkalf 9⁹⁰
breite Schiebespange, sehr gutes Fabrikat

Erstklassige Luxusachen
in Lack oder Nubuk, mit oder ohne grau Einsatz, sowie grün oder rot Chevresan, erstklassige Verarbeitung, neueste Modelle in großer Auswahl bei uns billig.

Damen-Hausschuhe
Dirndlstil, entzückende Farben 95

Lederhausschuhe
farbig Krokodil mit Pompon 2⁹⁵

Lederhausschuhe
gute Spaltleder, Ledersohle 1⁹⁵

Billig aber gut

Auf unserer Einkaufsreise ist es uns wieder gelungen, große Posten guter Schuhe zu fabelhaft billigen Preisen einzukaufen. Wir bringen diesen Vorteil wieder unserer w. Kundschaft zugute. Hier führen wir nur einige Beispiele an. Besichtigen Sie bitte unsere 17 Schaufenster

ca. 3000 Paar, braun, grau oder schwarz, moderne spitze oder runde Form, Schnür-, Spangenor Pumps

3⁹⁰



Affenhaut Wildleder imit., erstklassig, Material u. sehr gutes Fabrikat, eleg. Straßen- und Gesellschafts-Schuh, gute Kern-Ledersohlen.

Echt Rindbox, od. braun Fahlleder, mod. Form,

7⁹⁰
Gutes Material



Orig. Goodyear Welt-Herrenstiefel sehr gutes Fabrikat und Material, moderne Formen 12⁵⁰

Braune Herrenstiefel und schwarze Deckst., moderne breite Form, gutes Material 9⁹⁰

Herrenhalbschuhe echt Boxkalf und R'Chevresan, moderne spitze u. breite Form, erstklassiges Fabrikat, bestes Material 7⁹⁰

dto. Orig. Goodyear Welt moderne runde Form 9⁹⁰

Hohe Ledergamaschen für Herren, ohne Naht mit Patentverschluss 4⁹⁰

Leder-Kinderstiefel gute Ledersohlen, 18-20 größere Kinderstiefel billig 1⁹⁰

Pantoffel für Herren, 65 Pl., 1. Damen 55

Turnschuhe mit angepassener Gemischnohle, Sandalen etc., etc. in allen Größen billig

Schuh-Lokal Behrnsdi

Münzstr. 25

Frankfurter Allee 53
Rottbauer Damm 13